Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,400.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die 4spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 109. Freitag den 18. April 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs von Sachsen wird Mittwoch, den 23. April dieses Jahres, Nachmittags 3 Uhr ein Festmahl im Etablissement von Bonorand stattfinden.

Diejenigen Herren, welche sich daran betheiligen wollen, werden ersucht, die Tafelkarten zu 4 ℳ bis zum Abend des 22. dieses Monats auf unserer Nuntiatur im Rathhause zu entnehmen.

Daselbst werden auch Bestellungen auf Tafelplätze angenommen; ohne vorherige Bestellung werden Plätze nicht belegt werden.

Leipzig, den 12. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen in nächster Zeit das **Naundörfchen neu pflastern** zu lassen und fordern daher unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 10. März 1881 die Besitzer bez. Verwalter der angrenzenden Grundstücke auf, etwa beabsichtigte, die bezeichnete Straße berührende Arbeiten an den **Privat-Gas- und Wasserleitungen** ungesäumt zu vollenden, auch wegen **Unterführung der Fallrohre**, bez. wegen etwa nothwendig werdender Einlegung oder **Umlegung von Beischleußen** unverzüglich bei uns Anzeige zu erstatten, damit diese Arbeiten vor der Neupflasterung auf Kosten der Adjacenten ausgeführt werden können, da mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenpflasters dergleichen Arbeiten während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach beendeter Neupflasterung in der Regel nicht mehr zugelassen werden.

Die Höhe der wegen Herstellung der Fallrohrschleußen zuvor bei uns zu hinterlegenden Bauschkosten wird einem jeden Betheiligten mittelst besonderer Zusertigung bekannt gegeben.

Im Falle der unterlassenen Anzeige haben die Säumigen, außer der Einziehung einer Geldstrafe bis zu 60 ℳ, zu gewärtigen, daß die vorstehend gedachten Arbeiten an Fallrohr- und anderen Beischleußen von Rathswegen auf ihre Kosten ausgeführt werden.

Leipzig, am 8. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Schleußenarbeiten in der Poniatowskistraße, am Markt, Bayerischen Straße, Straße M und Ta sind vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber deshalb hiermit ihrer Offerte entbunden.

Leipzig, am 10. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der mit Schlackengußsteinen zu pflasternden Fahrstraße der Gustav-Adolph-Straße, auf deren Strecke von der Gustav-Adolph-Brücke bis zu der Rosenthalgasse, soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Pflasterung der Gustav-Adolph-Straße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **23. laufenden Monats, Nachmittags 5 Uhr,** einzureichen.

Leipzig, am 9. April 1884.

**Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.**

Schule zu Gohlis.

Die **Aufnahme** der schulpflichtigen Kinder erfolgt **Montag, den 21. April,** und zwar die der Knaben Vormittags 10 Uhr, die der Mädchen Nachmittags 2 Uhr.

Der Schuldirector.
J. Lohe.

Gesucht

der am 27. November 1848 hier geborene Schieferdecker
Friedrich Max Robert Kohfeld,
welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, am 10. April 1884.

**Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)**
Ludwig-Wolf. Werner.

Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Die neu angemeldeten Schülerinnen haben sich Montag, den 21. April, früh 8 Uhr im Parterresaale des Schulgebäudes (Thomaskirchhof 21/22) einzufinden. Alle haben ihre Schulzeugnisse, Diejenigen, welche von auswärts kommen, außerdem Feder und Papier mitzubringen.

Der Unterricht für alle Classen beginnt Dienstag, den 22. April, früh 8 Uhr.

Leipzig, den 17. April 1884. **E. Reimer, Dir.**

Erste städtische Fortbildungsschule für Knaben.

Die **Anmeldung** neueintretender Schüler hat im Laufe der Woche von Montag den 21. bis Freitag den 27. April zu erfolgen, und zwar sollen vormittags von 10—1 Uhr die aus hiesigen Schulen Abgegangenen, nachmittags von 4—6 Uhr die von auswärts Kommenden sich anmelden. (III. Bürgerschule an der Johanniskirche, 1. Etage, Zimmer 33.)

Leipzig, am 17. April 1884. Director **W. Pütschmann.**

Die Universitäts-Bibliothek

muß größerer Umräumungen wegen Sonnabend, den 19. April geschlossen bleiben.

Realschule zu Reudnitz.

Montag, den 21. April, früh 8 Uhr, **Prüfung der für Ostern noch nachträglich Angemeldeten.**

Reudnitz, den 16. April 1884. Dr. J. Heubner.

Anstreicherarbeiten am Stationsgebäude

Leipzig I (Bayer. Bahnhof).

Der theilweise Anstrich des Stationsgebäudes auf hiesigem Bayer. Bahnhof soll bei Auswahl unter den Bewerbern an den Mindestfordernden vergeben werden.

Blanketts für diese Arbeit können bis 20. d. M. an unterzeichneter Dienststelle (Bayer. Bahnhof) rechtes Vorlegegebäude, entnommen werden.

Leipzig, den 12. April 1884.

Königl. Abth.-Ing.-Bureau I.

Aufgebot.

Der Enregistrements-Revisitator **Carl Zeitler** zu Saargemünd hat das Aufgebot des Reichsbankantheilsscheins Nr. 38861, laut dessen dieser Reichsbankantheil für den Bureau-Assistent Carl Zeitler in Straßburg i/E. in die Stammbücher der Reichsbank eingetragen ist, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf

den 13. Mai 1885, Mittags 12 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte, Jüdenstraße 58, eine Treppe, Zimmer 21 anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Berlin, den 5. April 1884.

Königliches Amtsgericht I, Abtheilung 48.

Nichtamtlicher Theil.

Großbulgarische Wünsche.

* In Bulgarien haben wieder einmal geräuschvolle Kundgebungen zu Gunsten der Vereinigung des Fürstenthums mit Ostrumelien stattgefunden. Der russische Gesandte am brasilianischen Hofe, Herr Jonin, hatte kaum Sofia verlassen, als es sich dort in den Kreisen mächtig zu regen begann, die seit je für die Vereinigung des Fürstenthums mit Ostrumelien eingetreten sind. Diese Bewegung fand ihren Ausdruck in einer großen Volksversammlung, welche, von 4000 Personen beschickt, im Hofe der Kathedrale zu Sofia stattgefunden hat. Zu dieser Kundgebung hat selbstverständlich die bulgarische Regierung ihre Einwilligung gegeben, ja es liegt sogar die Vermuthung nahe, daß die Regierung das Zustandekommen der Versammlung direct unterstützt hat. Mindestens haben an derselben hohe Würdenträger und Mitglieder aller Parteien Theil genommen, welche eine ganze Reihe feuriger Reden im Sinne der erwähnten Vereinigung gehalten haben.

Eine Begrüßungsdepesche, welche die „Slawjanska Beseda" (Slavischer Verein) in Sofia am Jahrestage des Friedens von San Stefano an Graf Ignatieff gerichtet, hat dieser mit den Worten erwidert: „Hoch lebe das vereinigte Bulgarien!" Das war also jedenfalls eine Ermunterung, welche den Bulgaren klar machen sollte, daß ihr Vereinigungs-Programm schon gegenwärtig ein zeitgemäßes und durchführbares sei. In Petersburg wird man natürlich zu behaupten versuchen, daß die russischen Staatsmänner durch die Volksversammlung in Sofia sehr überrascht worden seien, bei der Herr Jonin seine Hand durchaus nicht im Spiele gehabt habe, kurz, man wird nichts versäumen, um die Welt glauben zu machen, daß die russische Regierung von der ganzen Kundgebung kein Wort gewußt habe. Was den General Graf Ignatieff betrifft, so wird man nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, er stehe ebensowenig wie seiner Zeit Skobeleff im Staatsdienste, weshalb Jener für seine den Bulgaren ausgedrückten politischen Privatgefühle nicht verantwortlich gemacht werden könne. Sollte sich dennoch die öffentliche Meinung Europas bezüglich der großbulgarischen Versammlung in Sofia etwas beunruhigt fühlen, so wird sich der Minister des auswärtigen Amtes, Herr von Giers, gewiß beeilen, den Bulgaren und ihrer Regierung einen Dämpfer aufzusetzen, kurz, es dürfte in Sofia wieder jenes interessante Doppelspiel der officiellen und officiösen russischen Politik in Scene gesetzt werden, das vor sieben Jahren zur Durchkreuzung und Verwirrung der Regierungen und Diplomaten mit einem gewissen Erfolge in Belgrad und Bukarest aufgeführt worden ist.

Schließlich wird freilich die bulgarische Volksversammlung in Sofia ohne besondere Folgen verlaufen und die Ruhe Europas nicht zu stören vermögen. Immerhin ist aber jene im Namen der Bevölkerung von Macedonien, Ostrumelien und Bulgarien veranstaltete Kundgebung als das erste Glied einer Kette von Erscheinungen zu betrachten, die ganz zweifellos auf die Schaffung Großbulgariens abzielen. Es bestätigt sich wieder einmal, was wir an dieser Stelle schon oftmals ausgesprochen, daß nämlich die europäische Orientfrage noch lange nicht gelöst, und die bisher dort geltenden Zustände und Verhältnisse nur als ein Provisorium zu betrachten sind, das leicht durch irgend einen Zwischenfall in Frage gestellt werden und zu weiteren Verwickelungen Anlaß geben kann. Diese Besorgniß bezieht sich nicht allein auf Bulgarien, sondern auch auf Serbien. In diesen beiden Balkanstaaten ist bisher die nationale Frage noch lange nicht vollständig gelöst, sondern vielmehr durch gewisse, auf die Dauer kaum haltbare diplomatische Mittel nur begrenzt und vertagt worden. Die Occupation Bosniens und der Herzegowina hatte keinen anderen Zweck, als die Bildung eines wirklich serbischen Nationalstaates zu verhindern, und die künstliche Schaffung Ostrumeliens sollte wieder die Bulgaren zu ihrer nationalen Zusammengehörigkeit nicht gelangen lassen. Diese Absichten gewisser europäischer Mächte liegen in Serbien und Bulgarien für Jedermann auf der Hand und sind die alleinige Ursache, daß dort die Ruhe keine vollständige ist.

Von diesem Standpuncte muß man auch die jüngste Volksversammlung in Sofia betrachten, weil sie nur ein neuerlicher Ausdruck der Bulgaren im Sinne ihrer nationalen Vereinigung ist. Andererseits kann man allerdings bezweifeln, ob diese Strömung dem bulgarischen Volke vorläufig nützen könne, weil es ja erwiesen, wie wenig das kleine, etwas über zwei Millionen Bewohner zählende Fürstenthum seine nächsten und gewöhnlichen Interessen zu wahren versteht. Aus diesem Grunde kann man auch annehmen, daß ein Großbulgarien von der Donau bis zur Mariza weit größeren, bedenklicheren Krisen preisgegeben wäre, als das gegenwärtige Fürstenthum, das bekanntlich bereits bei seiner dritten Verfassung angelangt ist. Auf Grund des Nationalitäten-Princips kann man wohl Volksversammlungen veranstalten und begeisterte Reden halten, aber die politische Erziehung der Völker und die Entwickelung eines geordneten, gut verwalteten Staatswesens können nur das Ergebniß langjähriger Erfahrungen, tüchtiger Arbeit und innerer politischer Kämpfe sein. In dieser Beziehung hat Bulgarien an seinen Nachbarstaaten sehr eindringliche Beispiele; es muß deshalb vor Allem Sorge tragen, daß die inneren Verhältnisse des Fürstenthums, sowie die Ostrumeliens sich gehörig entwickeln und befestigen, um auf Grund völlig geordneter Zustände der gewünschten nationalen Vereinigung entgegenzusehen.

Was nun den gegenwärtigen Stand der Dinge in Ostrumelien und Bulgarien betrifft, so hatten wir erst kürzlich Gelegenheit, zu melden, daß Aleko Pascha keine Aussicht zu haben scheint, abermals zum General-Gouverneur Ostrumeliens ernannt zu werden, weil Rußlands Widerstand bisher noch nicht beseitigt ist. Die Pforte hat noch keinen Vorschlag an die Mächte gelangen lassen, weshalb man das provisorische Verbleiben Aleko Paschas in seiner Stellung infolange für wahrscheinlich hält, bis die türkische Regierung sich endgültig geäußert haben wird. Nach ihrer Auffassung ist Aleko's Wirksamkeit als General-Gouverneur am Sonntag abgelaufen. — Inzwischen haben sich in Bulgarien die unionistischen Volksversammlungen vermehrt. Auch in der alten bulgarischen Hauptstadt Tirnowo hat eine solche stattgefunden, welche ihre Resolution bezüglich der Vereinigung des Fürstenthums mit Ostrumelien durch eine Deputation dem Fürsten Alexander in Sofia überreichen ließ. Dieser gab der Deputation die bezeichnende Antwort: als Bulgare sympathisire er mit der Bewegung, aber als ein auf Grund des Berliner Vertrages gewählter Fürst müsse er sagen, daß die Zeit zu der gewünschten Vereinigung noch nicht gekommen sei. Eine andere Antwort konnte Fürst Alexander der Deputation auch kaum ertheilen, und am allerwenigsten durfte er sich gegen die unionistische Bewegung aussprechen. Das verbot vor Allem sein eigenes Interesse und überdies die allgemein in Bulgarien und Ostrumelien herrschende Stimmung, der es in Petersburg nicht an indirecter Unterstützung fehlen dürfte.

Leipzig, 18. April 1884.

* Die ausführlichen Berichte über den **nationalliberalen Partei in Neustadt a. H.** bestätigen, daß derselbe sich zu einer mächtigen Kundgebung gestaltet hat, welche ihren Widerhall weit über die zunächst betheiligten Landschaften Süd- und Südwestdeutschlands hinaus finden wird. Wenn Herr Miquel in seiner großen Rede sagte: „Die Lage der nationalliberalen Partei ist eine kritische, aber keine ungünstige, und es hängt wesentlich von der Haltung der Partei selbst ab, ob sie nicht blos diese Krisis glücklich überstehen, sondern neu gekräftigt aus derselben hervorgehen wird", so hat bereits die Neustädter Versammlung den Beweis dafür geliefert, daß der gemäßigte Liberalismus in Deutschland die Situation versteht und ihr gewachsen ist. Was bei der Spaltung der ursprünglichen nationalliberalen Partei jedem tiefer blickenden Politiker klar sein mußte, nämlich daß es sich nicht um ein Mehr oder Minder an liberaler Entschiedenheit, sondern um einen in der historischen Ideen-Entwickelung mit Naturnothwendigkeit begründeten Vorgang, um eine Scheidung nicht blos nach der Stellung zu vorübergehenden Tagesfragen, sondern nach der grundsätzlichen Auffassung des Staates und seiner Aufgaben handelte — diese Erkenntniß dringt bereits in das Bewußtsein der weitesten Volkskreise. Die Vereinigung der Secessionisten mit der Fortschrittspartei hat zur Klärung der Auffassungen in dieser Richtung wesentlich beigetragen, und die nationalliberale Partei darf sich nun berufen fühlen, an das Vertrauen der liberalen Bevölkerungskreise zu appelliren, um an die gewichtigen Aufgaben unserer Zeit thatkräftig Hand anzulegen. Von besonderer Bedeutung sind in dieser Beziehung die Ausführungen der Miquel'schen Rede über die Stellung der nationalliberalen Partei zu der „deutschen freisinnigen" Partei. Herr Miquel äußerte sich darüber in folgender Weise: „Innerhalb der nationalliberalen Partei gab es grundsätzliche Freihändler und grundsätzliche Schutzzöllner, aber die große Mehrheit der Partei, ihrer Hauptaufgabe getreu, mitzuwirken an der Bildung, Befestigung und Entwickelung des deutschen Reiches, stellte die Zollpolitik nicht in den Vordergrund, überließ den Einzelnen die Stellungnahme zu den Fragen dieser Art als Zeit- und Zweckmäßigkeitsfragen, welche in der Lage Deutschlands von keiner entscheidenden Hauptbedeutung sein konnten. Wir bedauern von ganzem Herzen, daß ein Theil unserer Freunde hierin mit uns nicht übereinstimmte, ein entscheidendes Gewicht auf die Zoll- und Wirthschaftsfragen legte; aber wir müssen, um gerecht zu sein, doch anerkennen, daß es sich hierbei nicht blos um die Zollpolitik, sondern, wie sich jetzt klar herausgestellt hat, um eine grundsätzlich verschiedene Auffassung von der Aufgabe des modernen Staates und seinem Eingreifen in das wirthschaftliche und sociale Leben handelte. Der theoretisch principielle Freihandel ist nur ein Ausfluß der socialen Anschauung, welche Alles von dem Einzelnen erwartet, die organisirte Gemeinschaft von Staat und Gemeinde auf möglichst wenige Befugnisse zu beschränken sucht und Reich und Arm auf das Spiel der freien Mitbewerbung und individuellen Kraft verweist, jedem Zwang in wirthschaftlichen Dingen verwirft und alles Eingreifen des Staates vom Uebel hält. Innerhalb dieser — und in früheren Zeitperioden wohlberechtigten — Anschauungen, wir wollen es anerkennen, giebt es ja nach den persönlichen Stimmungen und vor Allem nach der historischen Vorbildung auch verschiedene Nuancen, und mit manchen einzelnen Elementen der neuen freisinnigen Partei würden wir uns vielleicht verständigen können. Wir hoffen dies für die Zukunft, aber wir wissen aus Erfahrung, wie wichtig in einer Fraction der überwiegende Geist ist, wie der Einzelne nach und nach von demselben ergriffen wird und bis auf eine weite Grenze von den Mehrheitsbeschlüssen der Fraction sich bestimmen lassen muß. So müssen wir denn glauben, wenn wir uns die leitenden Elemente ansehen, daß der dominirende Geist in der neuen Partei den Freihandel grundsätzlich auf seine Fahne schreibt, jeden Versuch der Staatsgewalt, den veränderten Verhältnissen entsprechend neue und weitere sociale und wirthschaftliche Organisationen zu schaffen, mit Mißtrauen ansehen, und wenn nicht bekämpfen, so doch jedenfalls nicht fördern wird. Eine solche einseitige Parteiauffassung kann aber keinen Anspruch darauf machen, das Schwergewicht der deutschen Mittelclassen zu vertreten, wird vielmehr überall auf gegensätzliche Auffassungen stoßen und sie hervorrufen, sowohl im Volke als gegenüber den Regierungen, welche ein kraftvolles, einheitliches Handeln unmöglich machen." — Die Versammlung zeigte sich von der besten Zuversicht und dem festen Entschluß erfüllt, mit allem Eifer in die Wahlbewegung einzutreten und die Sache der nationalen und gemäßigt liberalen Parteien mit allen Kräften zu fördern.

* Die **klerikalen Blätter** sind bezüglich des **Verzichts des Cardinals Ledochowski auf das Erzbisthum Posen-Gnesen** in eigenthümliche Widersprüche gegeneinander gerathen. Während die „Germania" die von einigen ultramontanen Provinzblättern zuerst gebrachte Nachricht heute bestätigte und in einem Leitartikel bereits die Consequenzen erörterte, welche sich an den Entschluß des Cardinals und des Papstes zu knüpfen haben würden, stellt der „Kuryer Poznański", den man gewissermaßen als ein officiöses Blatt des früheren Erzbischofs betrachtet, Alles in Abrede. Die „Germania" bemerkt dazu: ihre Angabe rühre aus einer so zuverlässigen Quelle, daß sie das Dementi des „Kuryer" nicht verstehe. Nach der ganzen gegenwärtigen Lage hat der „Kuryer" die größere Wahrscheinlichkeit für sich, auch abgesehen von seinen Beziehungen, welche die genaueste Information gestatten. Auch der Umstand, daß die „Nordd. Allg. Ztg." das Dementi mit der Bemerkung abdruckt: Die Aufklärung des Widerspruchs bleibe abzuwarten, scheint anzudeuten, daß die preußische Regierung wenigstens bisher noch keine Mittheilung über den Verzicht Ledochowski's erhalten hat. Was sich hinter den, wie es scheint, absichtlich ausgestreuten widersprechenden Meldungen in der ultramontanen Presse verbirgt, läßt sich nicht erkennen. Vermuthlich hat man es mit römischen Fühlern zu thun, mit Hilfe deren man die Stimmung zu sondiren wünscht. In diesem Falle ließe sich annehmen, daß die entschiedenere Haltung, welche die Regierung in letzter Zeit bewiesen hat, den zähen Widerstand der Curie ins Wanken gebracht hat. Doch man wird gut thun, sich vor voreiligen Erwartungen zu hüten.

* Die einzigen auswärtigen Nachrichten von politischem Belang sind auch heute **französischen Ursprungs.** Herr Jules Ferry wendet die österliche Muße zur Kräftigung seines Regierungssystems auf Unkosten seiner Widersacher an. Und diese Widersacher sucht der Conseilspräsident nicht so sehr im monarchistischen Lager, als in den Reihen der Republikaner selbst. Sie sind es, welche Spaltungen hervorrufen und so dem republikanischen Regime Gefahren bereiten. Pflicht der Regierung ist es daher, dem Uebel vorzubeugen, die Quelle desselben zu verstopfen und die Friedensstörer in die Unmöglichkeit zu versetzen, Unheil anzurichten. Herr Ferry spricht das zwar nicht mit dürren, unverblümten Worten aus, jedenfalls aber ist das der Sinn seiner gestrigen Kundgebungen in Perigueux. Er hat seinen Zuhörern demonstrirt, daß Frankreich gegenwärtig wieder dahin gelangt sei, sich im Rathe der europäischen Mächte autoritative Geltung zu verschaffen. Es liegt nun sehr nahe, bei Herrn Ferry den Wunsch voraussetzen, dem Principe der Autorität, das er für seine auswärtige Politik anruft, auch auf dem innerpolitischen Gebiete Geltung zu verschaffen. Ueber die Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung dieser Idee in den Weg stellen, ist gewiß Niemand besser unterrichtet, als Herr Ferry selber. Er hält sie aber nicht für unüberwindlich und hofft im Gegentheil, die Conjunctur so gestalten zu können, daß er seine gouvernementale Action in noch höherem Grade, als es jetzt schon der Fall ist, von dem Spiel der parlamentarischen Intriguen und Majoritäten emancipirt. Das Mittel dazu ist, wie wir schon wiederholt angedeutet haben, die Verfassungsrevision im Allgemeinen und die Einführung des Listenscrutiniums im Besonderen. Letzteres setzt die Regierung erst in den Stand, sich einer zahlreichen und festgeschlossenen Majorität zu versichern, auf welche gestützt sie den Angriffen von rechts und links der Trotz bieten kann. Den Beifall, den Herr Ferry mit seiner Betonung des autoritären Moments einerntete, ist charakteristisch für die Stimmung der Gemüther in Frankreich. Er beweist, daß die Theorie des „reinen Parlamentarismus", des „Parlamentarismus an sich", in Verfall geräth und die Erkenntniß von den Vorzügen eines stabilen Regiments auf autoritärer Grundlage an Boden gewinnt.

* Das **französische Amtsblatt** veröffentlicht eine Statistik über die **Ehetrennungen im Jahre 1882,** die mit Rücksicht auf die bevorstehende Ehescheidungsdebatte im Parlament nicht uninteressant ist. Im Jahre 1882 forderten in Frankreich 5337 Ehepaare die Trennung von Tisch und Bett. Der gerichtlichen Procedur geht nach gesetzlicher Bestimmung immer ein Sühneversuch vor dem Präsidenten voraus, der in 353 Fällen von Erfolg begleitet war. In etwa 1500 Fällen geschah die Trennung auf gütlichem Wege. In 3523 Fällen hatten die Gerichte zu entscheiden und in 2907 Fällen wurde die Trennung ausgesprochen. Im Mittel sind von den getrennten Ehegatten die Männer 30 bis 35 Jahre, die Frauen 25 bis 30 Jahre. Diese 5614 Personen sind also regelmäßig getrennt, ohne aufzuhören verheirathet zu sein. Was wird nun aus diesen Personen? Der allem Naturgesetz hohnsprechende Code von 1816 verdammt sie zu einem untergeordneten Leben mit allen bedauerlichen Folgen für das Individuum und die Gesellschaft, die Strenge eines unverständigen Gesetzes verurtheilt sie bis zu ihrem Tode ohne Frau, ohne Familie zu leben. Wenn der Senat, meint das IX. Siècle, unter solchen Umständen die Ehescheidung auf breiter Basis nicht gewährt, so mag er auch die Verantwortung für die erbaulichen Verhältnisse